

# Wilsdruffer Tageblatt

Sernbrucher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wilsdruff erhält mit Wochenausgabe der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Vorbestellung monatlich 3 Mk., durch unsere Vertreter eingetragen in der Stadt monatlich 5,50 Mk., auf dem Lande 5,65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postboven sowie unsere Vertreter und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1,50 Mk. für die 6 gespaltene Spaltenzeile oder deren Raum. Anzeigen, die 2 spaltig sind, kosten 3,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Ermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (für den Bezugsnehmer) die 2 gespaltene Spaltenzeile 4,50 Mk. Nachweisungs-Geld 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nachweise der durch Fernauf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachweisanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 238.

Dienstag den 11. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Freitag den 14. Oktober 1921 vormittags  $\frac{1}{2}$  9 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes

### öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung ist vom 6. September 1921 ab im Aushangkasten des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes angeschlagen.

Meissen, am 10. Oktober 1921. 369 I. B.

Der Amtshauptmann.

### Grumbach.

Mittwoch den 12. Oktober 1921 vormittags von 8—11 Uhr Verkauf bei Herrn

Lösel. Bohnenapfel, Pfund 1,20 Mk. und verschiedene Birnen, Pfund 80 Pf.

Grumbach, am 10. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Erhaltungspflichten Deutschlands an Industriematerial, Eisenbahnwagen und Vieh wurden in Wiesbaden in mehreren Nebenabkommen geregelt.
- \* Die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien soll nunmehr in ungefähr einer Woche veröffentlicht werden.
- \* Zwischen der Reichsregierung und einer Tiroler Abordnung hat eine unverändliche Fühlungnahme stattgefunden.
- \* Die Mehrzahl der Teilnehmer an der Münchener Tagung der Eisenbahndirektionen hat sich gegen einen Übergang der Eisenbahnen in Privatbetrieb ausgesprochen.
- \* China hat Japan in der Schantungfrage eine unverföhnliche Antwort erteilt.

### Friedensträume.

In Bochum und in Essen haben sich die Anhänger der Deutschen Friedensbewegung wieder einmal ein Zielbild gegeben. Teilorganisationen internationaler Verbände sind es, deren ideale Gedankenrichtung anerkannt werden muß, wenn auch zu sagen ist, daß sie bisher leider nur in Deutschland nennenswerte Erfolge erreicht haben. Es geht mit ihnen im Grunde nicht viel anders als mit der großen Bewegung des Sozialismus, mit der sie ja viele Berührungspunkte haben. Auch der Sozialismus ist in Deutschland zu einer nahezu ausschlaggebenden Macht emporgewachsen, während er in allen anderen großen Kulturländern, in Frankreich, in England und besonders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bis jetzt nur eine bescheidene Nebenrolle zu spielen vermag. Man weiß, daß alle auf ihn während des Weltkrieges gesetzten Hoffnungen zerschanden geworden sind. Wir haben keine Vorkriegserfahrung erlebt, keinen Verhältnisausgleich. Das brutale Diktat von Versailles haben weder die europäischen noch die amerikanischen Sozialisten verhindern können, und was sich jetzt in ihren Kreisen regt, um seine unheilvollen Wirkungen nach Möglichkeit abzumildern, hat gleichfalls so gut wie gar kein Gewicht. Noch weniger wissen sich freilich die pazifistischen Strömungen außerhalb Deutschlands zur Geltung zu bringen. Sie haben wohl auch vereinzelte Teile des Völkerbunds ergriffen, und hier und da zählen namhafte Männer von europäischer Bedeutung zu ihren Vorführern. Aber in der praktischen Politik des Tages sind sie nicht mehr als Prediger in der Wüste. Während des Krieges durften sie sich nicht rühren, sonst hätten ihnen die Lloyd George und Clemenceau unfehlbar das Mundwerk gesetzt. Jetzt läßt man sie wohl gewähren, aber eben nur in der Überzeugung, daß sie kaum viel Schaden anrichten können.

Andererseits die deutschen Pazifisten. Sie dürfen sich mit Recht eine ziemlich tiefgehende Beeinflussung des Heimatgeistes während der schweren Jahre des Weltkrieges zuschreiben, und seitdem die Entschlossenheit Deutschlands durch die Entente auf das gründlichste betwirkt worden ist, gehen sie mit besonderer Vehemenz in die Geschirre. In der Reichshauptstadt hat man sie öfter, sobald die Beziehungen zur Entente wieder einmal an einen kritischen Punkt gelangt waren, mit öffentlichen Bekanntmachungen und Anschlägen an den Lifassäulen hervortreten lassen, und auch sonst lassen sie keine Gelegenheit vorübergehen, um für ihre Bestrebungen Propaganda zu machen. Doch scheint auch für sie jetzt der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo der verächtliche Spaltpilz, von der sozialistischen Parteien und Strömungen so greuliche Dinge zu erzählen wissen, ihre Reithen heimlich. In Bochum hat der radikale Antimilitarismus der jüngeren Kreise der Friedensgesellschaft zu sehr unfriedlichen Szenen geführt. Die Leitung des Kongresses wurde von einem Berliner Antrag überrascht, der nichts weniger als die völlige Abschaffung der Reichswehr forderte. Das veranlaßte selbst einen so unverdächtigen Antimilitaristen, wie Herr von Gerlach es ist, sein Vorstandsamt niederzulegen, als der Antrag mit großer Mehrheit angenommen wurde. Auch der Vorsitzende der Gesellschaft, Professor Dr. Luithe, folgte diesem Beispiel. Der Miß wurde zwar nachträglich wieder geschlossen, aber in Essen, wo man sich tags darauf als „Pazifistenkongress“ zusammenfand, brach er in anderer Gestalt von neuem auf. Hier verweigerte Dr. Hans Simon, der für das Präsidium des Kongresses in Aussicht genommen war, die Gefolgschaft, und auch Herr von Gerlach sah sich zu neuen Verwahrungen genötigt. Erwähnt sei von dieser Tagung noch eine

Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten Koebes, der den Kongress als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zu seinen Arbeiten beglückwünschte und die möglichst laute Betonung des Friedenswillens in Deutschland forderte, um so auch die Friedensfreunde in anderen Ländern in ihrer Arbeit zu stärken. Er feierte den Wiesbadener Vertrag als einen Kulturakt ersten Ranges. Andere Reden, die dann gehalten wurden, lösten bei dem Kongress stürmische Demonstrationen für die Kriegsdienstverweigerung aus.

Wenn es auch in Essen sonst zu keinem Zusammenstoß kam, so häuften sich doch außerhalb solcher und ähnlicher Tagungen die Zwischenfälle aller Art um so unheimlicher. Zwischenfälle, die laut und deutlich dafür zeugen, daß die Welt für die Friedensidee noch lange nicht reif ist. In Westungarn flirren die Waffen, in dem alten albanischen Kampfgebiet wird von beiden Seiten, von Albanern und Südslawen mobil gemacht, in Süditalien kann jeden Augenblick eine neue Volksbewegung losbrechen, und in Oberschlesien drohen, je nach dem Ausfall der Entscheidung des Völkerbundsrates, neue Kämpfe zwischen Deutschen und Polen. Doch damit nicht genug. Pessimisten sehen heute schon Spätens für 1923 die Gegenüber zwischen Amerika und Japan in einen schweren Wassengang münden, bei dem England unmöglich beiseite stehen könne. Die Zweifel, ob es gelingen wird, die Entwicklung bei der bevorstehenden Abrüstungskonferenz in Washington Einhalt zu gebieten, verstärken sich von Woche zu Woche — weil man eben einseht, daß diese Entwicklung weit weniger von dem guten oder schlechten Willen der Menschen als vielmehr von den treibenden Kräften in den Nationen, von dem Schwergewicht ihrer Lebens- und Wirtschaftsnöwendigkeiten bestimmt wird.

### Für den Eintritt in den Völkerbund.

Der Pazifistenkongress in Essen nahm eine Entscheidung in dem Sinne, daß Deutschland von dem Recht des Eintritts in den Völkerbund Gebrauch mache, mit großer Mehrheit an.

### Die Wiesbadener Nebenabkommen.

Industriematerial, Eisenbahnwagen und Vieh. Außer dem großen Abkommen über die deutschen Sachleistungen für den Wiederaufbau Nordfrankreichs sind in Wiesbaden noch vier sogenannte Nebenabkommen unterzeichnet worden, von denen sich die drei ersten auf die Rücklieferung des Industriematerials, des Eisenbahnmaterials und der Viehbestände beziehen, die während des Krieges aus Frankreich weggeführt wurden und nach dem Friedensvertrag zurückzuführen sind. Im wesentlichen wird darin folgendes festgelegt:

Die Rücklieferung von Industriematerial hört am 6. Dezember 1921 auf. Danach werden lediglich diejenigen Maschinen noch zurückgeliefert, die vorher abgerufen worden sind. Im übrigen bleibt das auf deutschem Gebiet noch vorhandene aus Frankreich weggeführte Material endgültig in deutschem Besitz. Dafür liefert Deutschland an Frankreich binnen acht Monaten 120 000 Tonnen Industriematerial, die nach Art und Gewicht dem bereits zurückgelieferten Material entsprechen. Außerdem betruht sich Deutschland Frankreich gegenüber als Schuldner einer Summe von 158 Millionen Goldmark, die im Verlauf von fünf Jahren, vom 1. Mai 1922 ab, zu tilgen sind. Die Wiedererstattung von rohem Eisenbahnmaterial wird auf 6200 Wagen beschränkt, die in gutem Unterhaltungszustande abzuliefern sind. Zur Abholung der weitergehenden Verpflichtungen wird Deutschland an Frankreich 500 neue Fahrzeuge liefern.

Die Rücklieferung von Tieren wird durch die Lieferung von 62 000 Pferden, 25 000 Rindern, 25 000 Schafen und 40 000 Bienenstöcken abgelöst. Daneben sind nur diejenigen Tiere zurückzuliefern, die unter namentlicher Angabe der deutschen Besitzer in den bereits von der französischen Regierung übermittelten Listen aufgeführt sind. Außerdem hat Deutschland gegen Entschädigung auf Reparationskonto weitere 13 000 Pferde an Frankreich zu liefern. Dafür wird Frankreich keine weiteren Viehlieferungen auf Grund des Friedensvertrages verlangen.

Das vierte Abkommen bezieht sich auf die Kohlenlieferungen und bedarf, da es teilweise auch die Lieferungen an Belgien, Italien und Luxemburg betrifft, der Zustimmung der Reparationskommission. Deutschland hat das Recht der freien Ausfuhr seiner Kohlen, wenn es die Anforderungen der Reparationskommission erfüllt. Die Kohlenlieferungen verpflichten sich, die von Deutschland gelieferten Kohlen nur für den eigenen Bedarf und den ihrer Kolonien und Protektorate zu verwenden.

### Ein Schritt zum Frieden.

Rathenaus Urteil über Wiesbaden. Dr. Rathenau empfing nach der Unterzeichnung der Nebenabkommen die Vertreter der Presse, denen er u. a. sagte, die Wiesbadener Verhandlungen seien seit Jahren zum ersten Male eine Konferenz gewesen, bei der jeder Teil auf das Interesse des anderen Rücksicht genommen und bei der ein freies und nicht diktiertem Abkommen das Ergebnis war, das ganz auf rein geschäftlichem Wege erzielt wurde. Deutschland bringe, um den Wiederaufbau zu ermöglichen,

### ein schweres Opfer.

Es ist wahr, so sagte Rathenau weiter, daß Deutschlands Lage heute derart ist, daß es sich nicht danach drängen sollte, den Dank zu spielen, wenigstens anderen Ländern gegenüber, die von Deutschland Leistungen zu erwarten haben. Aber wenn man berücksichtigt, daß die Goldlieferungen schwerer auf Deutschland lasten als irgend eine andere Bürde, und daß bei der Fortdauer der Goldlieferungen die Entwertung der Mark und damit die Unordnung der Staatsfinanzen verknüpft ist, so kommt man zu dem Schluß, daß die teilsweisen Bortleistungen finanziell weit aus dem Uebel sind. Das Interesse an der Abmachung ist nicht nur auf Deutschland und Frankreich beschränkt, ist nicht nur eine Frage der europäischen Wiederherstellung, sondern es kommt mittelbar auch anderen Nationen zugute. Denn die Waren, die zur Wiederherstellung dienen, drücken nicht auf den Weltmarkt. Abgesehen davon besteht die Möglichkeit,

ähnliche Vereinbarungen mit den anderen Ländern zu treffen. Es besteht die Hoffnung, daß durch diese ersten grundsätzlichen auf friedlicher und geschäftlicher Basis vereinbarten Abmachungen eine europäische Gemeinschafts- und ein Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Solidarität eingeleitet wird.

### Noch keine Entscheidung.

Der Völkerbundsrat sagt noch immer. Die Verhandlungen des Völkerbundsrates über Oberschlesien sind entgegen den Meldungen der letzten Tage noch nicht abgeschlossen. Nach verschiedenen Anzeichen ist leider mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die in dem letzten Stadium in Erwägung gezogenen Lösungsmöglichkeiten auf eine Teilung des Industriegebietes hinauslaufen. Doch muß demgegenüber immer wieder entschieden betont werden, daß sichere Meldungen darüber von keiner Seite vorliegen und daß besonders die deutsche Regierung nach wie vor an der Auffassung festhält, daß der Standpunkt des Rechts keinesfalls aufgegeben werden könne. Den Vertretern der ober-schlesischen Arbeiterorganisationen hat sich während der letzten Tage der Reichstagsabgeordnete Hue beigelegt, der auch Gelegenheit hatte, mit entscheidenden Persönlichkeiten zu konferieren. Er hat, wie verlautet, den Eindruck gewonnen, daß eine für die gesamte ober-schlesische Arbeiterwelt verhängnisvolle Entscheidung zu befürchten sei.

### Der Protest von Königsbrunn.

Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften von Königsbrunn haben folgendes Telegramm an den Völkerbundsrat in Genf geschickt: Die Bevölkerung von Königsbrunn wendet sich in letzter Stunde an den Völkerbundsrat mit der Bitte, die über 50 000 Einwohner zählende größte Stadt Oberschlesiens beim Deutschen Reich zu belassen. Die Abstimmung ergab 74 Prozent der Stimmen für Deutschland. Die Existenz aller Kreise der Bevölkerung wurzelt in der Zugehörigkeit zum deutschen Wirtschaftsgebiete. Ihr verdankt die Stadt ihr schnelles Aufblühen. Sie würde die Abtrennung mit dem Untergange ihres gesamten Wirtschaftslebens bezahlen. Wir vertrauen, daß die Unerschütterlichkeit Oberschlesiens, die uns im Friedensvertrag garantiert ist, die Grundlage für die baldige Entscheidung bleiben wird.

Auch die Kartellvorständen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der im Bezirk Oberschlesien 135 000 Mitglieder umfaßt, sandten ein Telegramm an den Völkerbund mit der dringenden Bitte, vor der Entscheidung über die Grenzen des Landes durch berufene Sachverständige die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen.